

alliance*sud*

Arbeitsgemeinschaft Swissaid | Fastenopfer | Brot für alle | Helvetas | Caritas | Heks | www.alliancesud.ch



**JAHRES-
BERICHT
2014**

Alliance Sud 2014 auf einen Blick

Zusammensetzung des Vorstandes

Melchior Lengsfeld, Geschäftsleiter Helvetas Swiss Inter-cooperation (Präsident 2015/2016);
Patrick Renz, Direktor Fastenopfer (seit 1.4.2014; Vizepräsident 2015/2016);
Hugo Fasel, Direktor Caritas Schweiz (Präsident 2013/2014);
Ueli Locher, Direktor Heks (Vizepräsident 2013/2014);
Beat Dietschy, Zentralsekretär Brot für alle;
Caroline Morel, Geschäftsleiterin Swissaid

Zusammensetzung der Geschäftsleitung

Peter Niggli, Geschäftsleiter und Bereichsleitung Advocacy und Lobbying; Michel Egger, Leitung Regionalbüro Romandie;
Lavinia Sommaruga, Leitung Regionalbüro italienischsprachige Schweiz; Pierre Flatt, Bereichsleitung InfoDoc;
Kathrin Spichiger, Personalverantwortung

Geschäftsstelle

Peter Niggli, Geschäftsleiter; Kathrin Spichiger, Assistentin des Geschäftsleiters; Rosa Amelia Fierro, Sekretariat

Advocacy und Lobbying

Isolda Agazzi, Handel und Investitionsschutz; Mirka Caletti, Sekretariat Regionalbüro Lausanne (ab 1.9.2014);
Silvia Carton, Sekretariat Regionalbüro Lugano (bis 31.5.2014);
Michel Egger, Handel/Transnationale Unternehmen;
Mark Herkenrath, Internationale Finanzpolitik; Daniel Hitzig, Medien und Kommunikation; Rahel Ruch, Kampagnenkoordination «Recht ohne Grenzen»; Frédéric Russbach, Sekretariat Regionalbüro Lausanne (bis 30.6.2014);
Eva Schmassmann, Entwicklungspolitik (ab 1.9.2014);
Nina Schneider, Entwicklungspolitik (bis 30.6.2014);
Lavinia Sommaruga, alle Themen, Regionalbüro Lugano;
Jürg Staudenmann, Umwelt-/Klimapolitik (ab 1.9.2014);
Katia Vivas, Sekretariat Regionalbüro Lausanne (ab 15.9.2014);
Nicole Werner, Umwelt-/Klimapolitik (bis 30.6.2014)

InfoDoc Bern

Jris Bertschi; Emanuela Tognola; Emanuel Zeiter

InfoDoc Lausanne

Pierre Flatt, Bereichsleitung; Nicolas Bugnon;
Amélie Vallotton Preisig

Hinter Alliance Sud liegt ein Jahr voller Vorbereitungen: (1) auf die Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (FfD) im Juli 2015; (2) auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG), welche die Uno diesen September verabschieden will; und (3) auf die Klimakonferenz in Paris im Dezember 2015: Sie wird – insha'allah – einen acht Jahre dauernden Verhandlungsmarathon mit einem Abkommen abschliessen, das alle Länder einbindet.

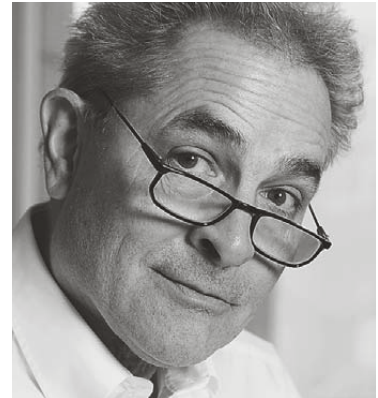
Die Häufung «schicksalhafter» Entscheidungen im Jahr 2015 war gewollt. Seit Jahren wird über eine *Post-2015-Agenda* verhandelt, welche an die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) anschliessen und in Sachen Entwicklung bzw. Armutsbekämpfung sowie in Sachen nachhaltiger Entwicklung neue, für alle Länder gültige Ziele definieren soll. Thematisch muss man auch den Klimavertrag von Ende Jahr als integralen Teil der *Post-2015-Agenda* auffassen, auch wenn er separat ausgehandelt wird.

Die Fülle wichtiger Verhandlungen erweckt den Anschein, die Regierungen seien bereit, globale Probleme gemeinsam anzupacken und zu lösen. Andere Ereignisse lassen daran zweifeln: Im Handelsbereich treiben die USA und die EU die regionalen Freihandelsabkommen *Transpacific Partnership* (TPP) und *Transatlantic Trade and Investment Partnership* (TTIP) mit einer explizit anti-chinesischen Spitze voran. Parallel dazu sind die BRICS-Länder daran, eigene Entwicklungsbanken und Währungsfonds zu etablieren. Schon aus der Taufe gehoben ist die *Asian Infrastructure Investment Bank* mit China als Hauptaktionär und Sitz in Peking. Die Schwellenländer wollen sich nicht mehr damit abfinden, dass die Minderheit der reichen Länder den Kurs von Weltbank und Internationalem Währungsfonds diktieren. Damit wird die internationale Finanzarchitektur «multipolarisiert» – wenig ermutigend angesichts dessen, dass eine Finanzkrise à la 2008 in den nächsten Jahren keineswegs ausgeschlossen ist und optimale internationale Zusammenarbeit verlangen würde.

Die Resultate des «Schicksalsjahres» dürften durchzogen ausfallen. Die FfD-Konferenz produzierte nur unterprächtige Ergebnisse. Die Klimakonferenz wird zwar einen Vertrag zur Reduktion von Treibhausgasen verabschieden. Die Massnahmen werden jedoch nicht reichen, um den Klimawandel in handhabbaren Grenzen zu halten. Ob die SDGs bis 2030 erreicht werden, hängt vom Druck ab, den soziale Bewegungen und oppositionelle politische Kräfte auf die Regierungen in Nord und Süd aufbauen können.

Diese widersprüchlichen Entwicklungen nahmen Alliance Sud und ihre Träger- und Partnerorganisationen in den letzten beiden Jahren unter die Lupe. Resultat ist eine neue Strategie für die Jahre 2015–2020, die Ende August 2015 publiziert wird. Sie erneuert das Mandat von Alliance Sud und definiert 13 Zielsetzungen, die wir in entwicklungspolitisch relevanten Bereichen bis 2020 erreichen wollen.

Die Strategiediskussion war ein Element der Vorbereitung auf den Führungswechsel bei Alliance Sud. 2014 suchte der Vorstand einen neuen Geschäftsleiter und wählte Mark Herkenrath aus. Er arbeitet seit 2008 bei uns und war zuständig für das Dossier internationale Finanz- und Steuerpolitik. Mark Herkenrath wird Alliance Sud ab August 2015 leiten. Ich wünsche ihm alles Glück – das wird er brauchen – und viel Freude in seinem neuen Amt. Der Unterzeichnende erlebte seine 17 Jahre Geschäftsleitung als äusserst spannende, bereichernde Aufgabe, die er mit einem Team exzellenter, hoch engagierter KollegInnen erfüllen durfte. Ihnen gebührt mein riesiger Dank und eine bleibende Verbundenheit.



Post-2015-Agenda: Widersprüchliche Zeichen

Entwicklungspolitische Aktivitäten

29. JANUAR

KRITISCHER BLICK AUF DIE BERICHTE ZUR AUSSEN(WIRTSCHAFTS)POLITIK

mh. Am 29. Januar 2014 veröffentlichte der Bundesrat seine Rückblicke auf die Schweizer Aussenpolitik und Aussenwirtschaftspolitik 2013. In den beiden Berichten pries er selbstgefällig die vermeintlichen Fortschritte der Schweiz in der Handelsdiplomatie, der Steuerpolitik und anderen Politikbereichen, die auch die Entwicklungsländer betreffen. Selbstkritische Überlegungen zu den entwicklungspolitischen Aspekten und den Umwelt- und Klimafolgen dieser Politiken suchte man in den beiden Berichten vergeblich. Alliance Sud verfasste deshalb zuhanden der zuständigen Parlamentskommissionen und der Öffentlichkeit einen Schattenbericht. Darin wies sie mit zahlreichen Beispielen auf die mangelhafte entwicklungspolitische Kohärenz der Schweizer Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik hin. Sie verlangte für die Zukunft ein eigenständiges Kapitel im Aussenpolitischen Bericht zu den Auswirkungen verschiedener Sektorpolitiken auf die Entwicklungsländer.

19. FEBRUAR

STEUERAMTSHILFE ENDLICH AUCH FÜR ENTWICKLUNGSLÄNDER

mh. Am 19. Februar fasste der Bundesrat einen Beschluss, für den Alliance Sud lange und intensiv gekämpft hatte: Er kündigte an, die erweiterte Steueramtshilfe von sich aus auf alle bestehenden Steuerabkommen der Schweiz auszudehnen. Das bedeutet konkret, dass in Zukunft rund fünfzig weitere Entwicklungsländer bei einem Verdacht auf Steuerhinterziehung Zugang zu Schweizer Bankdaten erhalten. Sie müssen dafür auch keine aufwändigen Verhandlungen über ein revidiertes oder ein neues Steuerabkommen und keine Schweizer Gegenforderungen mehr in Kauf nehmen. Endlich sollen die Entwicklungsländer also Unterstützung im Kampf gegen die Steuerflucht erhalten, die ihnen jedes Jahr Milliardenbeträge für die Entwicklungsfinanzierung und den Klimaschutz entzieht. In der Vernehmlassung, die erst im Februar 2015 endete, unterstützte Alliance Sud diesen Beschluss des Bundesrates deshalb. Ob er vom Parlament gutgeheissen wird, ist allerdings noch offen. Alliance Sud wird sich nach Kräften dafür einsetzen.

2. MÄRZ

NAHRUNGSMITTELSPEKULATION – (K)EIN PROBLEM?

dh. In den Jahren 2007/2008 und 2010/2011 haben sich Nahrungsmittel auf den internationalen Agrarmärkten horrend verteuert. Mit fatalen Folgen für Millionen: Hunger, Proteste und Gewalt in zahlreichen Ländern des Südens waren die Folgen. Alliance Sud ist den Ursachen des Preisanstiegs für Agrar-Rohstoffe in einer vom Wirtschaftspublizisten Markus Mugglin verfassten Studie auf den Grund gegangen. Die Studie «Nahrungsmittelspekulation – (k)ein Problem?» kommt zum Schluss: Der Verdacht, dass die stark erhöhten Preise eine Folge der Spekulation mit Nahrungsmitteln und mit Derivaten auf Rohstoff-Titeln sind, lässt sich nicht vom Tisch wischen, wie das die meisten Finanzmarktakteure tun. Mugglin hat sämtliche, zum Teil zu kontroversen Ergebnissen kommenden Studien zum Thema analysiert und verglichen. Alliance Sud ist überzeugt, dass jetzt ein guter Moment ist, die exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln in Frage zu stellen. Die Schweiz als Agrar-Handelsgrossmacht täte gut daran, Teil der internationalen Bemühungen um Re-Regulierung der Finanzmärkte zu werden, statt als «Regulierungs-oase» in die Kritik zu geraten. Die Studie ist eine wichtige Referenz in der Schweizer Diskussion um die Nahrungsmittelspekulation, zu deren Verbot eine am 24. März 2014 eingereichte Volksinitiative der Juso aufruft.

28. MAI

MOTION FÜR EINE SORGFALTPFLICHT DER UNTERNEHMEN

me. Alliance Sud war 2014 stark engagiert im Lobbying der Koalition «Recht ohne Grenzen». Aufgrund eines Postulats im Anschluss an die 2012 eingereichte Petition publizierte der Bundesrat einen «rechtsvergleichenden Bericht». Darin werden die Mittel und Möglichkeiten evaluiert, wie Unternehmen bei ihren Auslandsgeschäften zur Sorgfalt im Umgang mit Menschenrechten und Umwelt verpflichtet werden können. «Die Schweiz als Standort zahlreicher international tätiger Unternehmen», schreibt der Bundesrat in seinem Bericht, «trägt für die Einhaltung der Menschenrechte und den Umweltschutz, namentlich auch in Ländern mit ungenügender Rechtsstaatlichkeit, eine grosse Verantwortung.» Ohne Position zu beziehen, zeigt die Regierung verschiedene Wege auf, wie eine Pflicht verankert werden könnte, so dass potentielle und tatsächliche Verletzungen von Menschenrechten und Umweltstandards identifiziert, diesen vorgebeugt bzw. sie behoben werden könnten. Eine solche Sorgfaltsprüfung steht im Zentrum der Uno-Leitprinzipien für Unternehmen und Menschenrechte, die 2011 vom Uno-Menschenrechtsrat einstimmig verabschiedet wurden.

Anfang September stimmte die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats ganz knapp einer Motion (14.3671) zu, die vom Bundesrat verlangt, eine Sorgfaltsprüfungspflicht im Gesetz zu verankern, die auch eine Berichtspflicht über die getroffenen Massnahmen beinhaltet. Abgeklärt werden sollte dabei auch, inwiefern und unter welchen Bedingungen KMU von dieser Pflicht befreit werden können. Unter dem Vorwand, sie gehe weiter als die von der EU angewendeten Bestimmungen, empfahl der Bundesrat die Ablehnung der Motion. Am 11. März 2015 stimmte der Nationalrat der Motion in einer äusserst spannenden Debatte zunächst mit 91 zu 90 Stimmen zu, nach einem von der CVP auf Druck der Wirtschaftslobbys eingebrachten Rückkommensantrag wurde die Motion schliesslich mit 86 zu 95 Stimmen abgelehnt.

23. JUNI

UMSTRITTENES DIENSTLEISTUNGS-ABKOMMEN

ia. 23 Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO), darunter auch die Schweiz, verhandeln seit zwei Jahren über ein weitreichendes Abkommen zur Liberalisierung der Dienstleistungen, das unter dem englischen Kürzel TISA (Trade in Services Agreement) bekannt geworden ist. Die «Anhänge», welche alle Vertragsstaaten verpflichten, beziehen sich auf Finanzdienstleistungen, die Telekommunikation, den digitalen Handel, Transport zu Wasser, auf dem Luft- und Landweg, Dienstleistungsberufe (etwa in der Bildung), Dienstleistungen im Energiebereich, der Postzustellung, auf öffentliche Märkte und die Freigabe des Handels mit privaten Daten.

Das Abkommen beschränkt in drastischer Weise die Möglichkeiten der Staaten, regulierend einzugreifen, und bedroht nationale Souveränität. Die vorgesehenen Sperrklauseln bedeuten, dass kein Land je auf Regulierungen zurückkommen kann, denen es nach dem Inkrafttreten des Vertrags zugestimmt hat. Bei zukünftigen Gesetzesänderungen soll es also nur noch eine Richtung geben: jene zu noch mehr Deregulierung. Jedes Land unterbreitet auch ein individuelles Angebot nach dem System der sogenannten «Negativlisten»; d.h. alle Sektoren werden dereguliert, ausser sie werden durch Vorbehalte explizit davon ausgenommen. Das hat die Schweiz mit dem Service public getan. Offen bleibt die Frage, wie lange sie diese Position in der heutigen Form halten kann.

Am 23. Juni publizierte Alliance Sud ihre Stellungnahme, die verlangt, dass sich die Schweiz von diesen mit hohen Risiken behafteten Verhandlungen zurückzieht, umso mehr als sie eine Schwächung der WTO und der Doha-Runde darstellen. Stattdessen soll das Parlament ein neues Verhandlungsmandat fordern und das Resultat dem fakultativen Referendum unterstellen. Alliance Sud machte die Medien auf das Thema aufmerksam, regte parlamentarische Vorstösse an und trat vor der SP-Fraktion des Nationalrats auf. Nach einer Anhörung beschloss die Stadt Carouge (GE), sich als erste Schweizer Gemeinde «ausserhalb TISA» zu erklären.

19. JULI

VORSCHLAG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNGSZIELE (SDG)

es. In 13 Sessionen erarbeitete die von der Uno-Generalversammlung bestellte Open Working Group (OWG) einen Vorschlag für nachhaltige Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDG). Dieser umfasst 17 Ziele und 169 Unterziele. Die grosse Anzahl Ziele führte zu Kritik. Sie widerspiegeln jedoch die Komplexität einer nachhaltigen Entwicklung und sie schaffen Querbezüge zwischen einzelnen Zielen.

Im Dezember präsentierte Uno-Generalsekretär Ban Ki-moon sein Synthesepapier zu den SDG, indem er den Vorschlag der OWG als Grundlage für die Verhandlungen empfiehlt. Alliance Sud bewertet das Gesamtpaket der 17 formulierten SDGs als ambitiös und hofft, dass es bei den Verhandlungen nicht aufgebrochen wird. Das Risiko, am Schluss mit einer schlechteren statt einer besseren Lösung dazustehen, ist hoch.

Auch die besten Ziele werden jedoch toter Buchstabe bleiben, wenn die Mittel zur Umsetzung fehlen. Die Entwicklungsländer haben sich mit ihrer Forderung durchgesetzt, dass bereits vor der geplanten Verabschiedung der SDG im September 2015 über deren Finanzierung diskutiert wird.

Alliance Sud hat im Rahmen von mehreren Konsultationsrunden und öffentlichen Veranstaltungen zur Schweizer Position Stellung bezogen. Ihre Eingaben wurden insgesamt gut berücksichtigt. Im Dezember wurde Alliance Sud eingeladen, als Vertreterin der Entwicklungsorganisationen die offizielle Schweizer Delegation im Verhandlungsprozess aktiv zu begleiten. So wird sie ihre Expertise für eine nachhaltige Post-2015-Agenda weiterhin direkt einbringen.

28. AUGUST

MEDIENKONFERENZ GEGEN DIE ECOPOP-INITIATIVE

dh. Gut drei Monate vor dem Abstimmungstermin vom 30. November luden Alliance Sud und Sexuelle Gesundheit Schweiz in Bern zur Medienkonferenz gegen die Ecopop-Initiative. In drei Referaten wandten sich Peter Niggli, Rupa Mukerji (Helvetas-Geschäftsleitung) und Géraldine Savary (Ständerätin und Stiftungsrätin von Sexuelle Gesundheit Schweiz) an gut zwanzig Medienschaffende. Ihre Botschaft: Die Ecopop-Initiative schadet einer nachhaltigen Entwicklung im Süden, sie bietet untaugliche Rezepte und stellt mit ihrer Fokussierung auf Familienplanung einen Rückschritt im Bemühen um Stabilisierung der Bevölkerungszahlen dar.

Die Medienkonferenz wurde vor allem in der Suisse romande sehr gut wiedergegeben, in der Deutschschweiz wurde immerhin die SDA-Agenturmeldung breit rezipiert. Leitmedien wie die NZZ, der Tagesanzeiger und SRF Radio glänzten jedoch durch Abwesenheit. In einem Meinungsartikel konnte Alliance Sud später in der NZZ ihren Standpunkt darlegen. Nicht unerwartet fokussierten die Medien stark auf die Ecopop-Forderung, die Zuwanderung radikal zu beschränken. In der öffentlichen Diskussion war jedoch jederzeit klar, dass die entwicklungspolitischen Akteure deutlich gegen Ecopop Stellung beziehen, was sicher auch dem starken Engagement der Alliance-Sud-Träger- und Partnerorganisationen zu verdanken war.

Erwähnung verdient namentlich auch die Kampagne in der italienischsprachigen Schweiz. Das Alliance-Sud-Regionalbüro Lugano initiierte und koordinierte in den Wochen vor der Abstimmung eine stark sichtbare Medienkampagne, die die Alliance-Sud-Position in alle wichtigen Medien brachte. Weil viele Organisationen in der italienischen Schweiz nicht mit eigenen Büros vertreten sind, übernimmt Alliance Sud dort eine wichtige Aufgabe als Koordinatorin und Vermittlerin entwicklungspolitischer Anliegen.

15. SEPTEMBER

SPARÜBUNGEN BEI DER EZA VERHINDERT

es. Mit der Verabschiedung des gegenwärtig laufenden Rahmenkredits für internationale Zusammenarbeit (2013–2016) beschloss das Parlament, das Entwicklungsbudget des Bundes bis 2015 sukzessive auf 0,5 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen. Dieses Ziel muss allerdings immer wieder aufs Neue verteidigt und bestätigt werden. In der Herbstsession lehnte der Nationalrat eine Motion von Albert Vitali (FDP/LU) ab, das 0,5%-Ziel auf 2020 zu erstrecken.

In der Budgetdebatte der Winter-session wurde es erneut in Frage gestellt. Der Bundesrat hatte in seinen Voranschlag Kürzungen über alle Bereiche aufgenommen. Die Bauern wehrten sich gegen die Einsparungen bei der Landwirtschaft und forderten eine Aufstockung um rund 100 Millionen Franken. Dieser Betrag sollte bei der Entwicklungszusammenarbeit kompensiert werden. Der Rat wehrte sich dagegen, für die Schweizer Bauern bei den Ärmsten zu sparen und verwarf die Kürzungen mit komfortablen Mehrheiten. In beiden Fällen leistete Alliance Sud Überzeugungsarbeit in den Fraktionen.

Das 0,5%-Ziel wird jedoch auch 2015 nicht erreicht. Eine Anpassung der Berechnungsgrundlage führt zu einer Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 5,7 %. Die Anpassung erfolgt im Einklang mit der EU und erleichtert internationale Zahlenvergleiche. Da sich dadurch auch das BNE erhöht, fehlen der Entwicklungszusammenarbeit bei gleichbleibendem Budget rund 200 Millionen Franken, um die 0,5%-Quote zu erreichen. Voraussichtlich wird die Schweiz 2015 0,47 % ihres BNE für die öffentliche Entwicklungshilfe ausgeben. Für die Realisierung der globalen Nachhaltigkeitsagenda mit den SDG werden zusätzliche finanzielle Mittel notwendig sein. Alliance Sud wird sich entsprechend weiterhin für eine Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe einsetzen.

2. SEPTEMBER

MEDIENGESPRÄCH ZUR KLIMAFINANZIERUNG

js. Alliance Sud präsentierte einer ausgewählten Gruppe von JournalistInnen ihr Positionspapier zu «Angemessener Klimafinanzierung statt kreativer Buchführung». Am Klimagipfel von Kopenhagen (2009) sagten die Industrieländer den Entwicklungsländern finanzielle Unterstützung beim Klimaschutz und der Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu. Diese soll sich ab 2020 auf 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr belaufen. Die ersten Zahlungen zweigten die meisten Länder jedoch aus dem Budget der Entwicklungshilfe ab; so auch die Schweiz. Angesichts eigener Finanznöte hoffen sie damit durchzukommen, möglichst viele bereits bestehende Finanzflüsse als Klimafinanzierung anzurechnen. Um tatsächlich einen klimarelevanten Zusatznutzen zu generieren, müssen für die Klimafinanzierung aber zwingend neue, zusätzliche Quellen erschlossen werden. Und: Die Finanzierungsfrage entscheidet letztlich darüber, ob sich die Entwicklungs- und Schwellenländer ihrerseits ab 2020 zu Emissionsreduktionszielen verpflichten werden.

Je nach Berechnungsansatz muss die Schweiz ab dem Jahr 2020 zwischen 460 Millionen und 1,3 Milliarden Schweizer Franken pro Jahr an die internationale Klimafinanzierung beisteuern. Alliance Sud ist überzeugt, dass die Schweiz dringend einen Fahrplan braucht, wie sie ihren Beitrag aus neuen, innovativen Quellen mobilisieren wird. Denkbar wäre etwa eine Flugticket- oder CO₂-Abgabe, welche direkt die Verursacher des Klimawandels belastet und zudem einen zusätzlichen Klimaschutzeffekt erzielen würde. Auch eine Finanztransaktionssteuer wäre denkbar, denn eine solche würde wirtschaftlich Stärkere mehr belasten als andere. Die dafür erforderliche Rechtsgrundlage könnte am besten im Rahmen der geplanten ökologischen Steuerreform geschaffen werden.

23. SEPTEMBER

LANCIERUNG KLIMA-KAMPAGNE MIT PETITION AN ST. DORIS

js. Zeitgleich zum Klima-Sondergipfel in New York, zu welchem Uno-Generalsekretär Ban Ki-moon Staats- und Regierungsvertreter geladen hatte, lancierte Alliance Sud zusammen mit rund 60 Organisationen aus Zivilgesellschaft und Politik die Klimapetition. Sie forderte von Bundesrat und Parlament, dass sich die Schweiz national wie international sowohl an der Bekämpfung der Ursachen des Klimawandels als auch an der Bewältigung von dessen Auswirkungen angemessen beteiligt. Und zwar entsprechend ihrer historischen Verantwortung und ihrer Wirtschaftsleistung.

Im Rahmen der Klima-Allianz Schweiz fordern die 60 Organisationen UVEK-Vorsteherin Doris Leuthard konkret auf, als federführende Bundesrätin in Fragen des internationalen Klimaschutzes zur «Schutzpatronin für das Klima» (St. Doris) zu werden.

Die Schweiz soll einerseits die eigene Energieversorgung bis 2050 vollständig auf erneuerbare Quellen umstellen, um das Klima zu schützen und die Lebensgrundlagen unserer Nachkommen zu sichern. Denn ohne einen möglichst schnellen, kompletten Ausstieg aus fossilen Energien kann die globale Erwärmung nicht unterhalb der gefährlichen 2 Grad Celsius gehalten werden. Für die Schweiz bedeutet dies eine 40-%-Reduktion der CO₂-Emissionen bis 2020 bzw. eine 60-%-Reduktion bis 2030 (gegenüber den Emissionen von 1990).

Andererseits soll die Schweiz jene Entwicklungsländer, welche selber nur marginal zum Klimawandel beigetragen haben, aber besonders stark unter dessen Folgen leiden, angemessen technologisch und finanziell bei Klimaschutz- und Anpassungsmassnahmen unterstützen.

Ende Mai 2015 wurde die Petition mit 107 765 Unterschriften eingereicht. Alliance Sud, aktives Mitglied der Klima-Allianz-Kerngruppe, verfolgt die Schweizer Haltung in der Klimafrage nicht zuletzt im Hinblick auf die Unterzeichnung eines neuen globalen Klima-Abkommens im Dezember 2015 in Paris.

29. OKTOBER

FORTSCHRITTE BEIM AUTOMATISCHEN INFORMATIONSAUSTAUSCH

mh. Ende Oktober verpflichtete sich die Schweiz an einem internationalen Treffen in Berlin, bis ins Jahr 2018 den automatischen Informationsaustausch (AIA) in Steuerfragen einzuführen. Alliance Sud hatte sich in Politik und Öffentlichkeit wiederholt dafür stark gemacht. Im November unterschrieb die Schweiz schliesslich das entsprechende multilaterale Rahmenabkommen der OECD. Ihr Beitritt zu diesem Abkommen bedingt allerdings ein Umsetzungsgesetz und muss vom Parlament noch ratifiziert werden. Notabene legt der Bundesrat darin noch nicht fest, mit welchen Ländern der AIA konkret vereinbart werden soll. Alliance Sud setzt sich dafür ein, dass auch die Entwicklungsländer rasch zum automatischen Informationsaustausch kommen. Dank seiner abschreckenden Wirkung auf potentielle Steuersünder ist er weiterhin das beste Mittel gegen die internationale Steuerflucht.

30. OKTOBER

INVESTITIONEN: SÜDAFRIKA KÜNDIGT SEIN ABKOMMEN

ia. Am 30. Oktober kündigte Südafrika sein Investitionsschutzabkommen mit der Schweiz. Pretoria unterzieht zurzeit alle seine Abkommen einer Überprüfung und erneuert die auslaufenden nicht mehr. Spezielles Augenmerk gilt dabei den Klauseln, die den Empfängerstaat daran hindern, Regulierungen in den Bereichen Gesundheit, Arbeitsrecht, Umwelt, Sicherheit usw. vorzunehmen. Ebenfalls will Südafrika den Streit-schlichtungsmechanismus zwischen Investor und Staat neu regeln, um zu verhindern, dass zwar der Staat vor ein Schiedsgericht gebracht werden kann, umgekehrt der Investor jedoch nicht.

Viele Länder, namentlich sich entwickelnde, sind daran, ihre Abkommen unter dem Gesichtspunkt der Rechte und Pflichten von Investoren zu revidieren. Die zukünftige Konvention der Vereinten Nationen über die Transparenz bei der Streitschlichtung könnte in diesem Prozess zu mehr Transparenz führen. Doch auch sie wird die grundsätzlichen Probleme um Unvorhersehbarkeit von Strafen und die Privatisierung der Justiz nicht lösen. Für Alliance Sud ist klar, dass Streitfälle von nationalen Gerichten der Empfängerstaaten beurteilt werden sollten.

Aufgrund der Lobbyarbeit von Alliance Sud hat die Schweiz ihre Investitionsschutzabkommen ein wenig verbessert. Bei jenem mit Georgien hat sie neue Bestimmungen über die nachhaltige Entwicklung und einen Verweis auf die Transparenzregeln der UNCITRAL (Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht) bei der Streitschlichtung eingeführt. Zudem ein neuer Artikel über das Recht, im öffentlichen Interesse zu regulieren. Allerdings ist er in einer Art und Weise abgefasst, dass er *de facto* keine Substanz mehr aufweist. Alliance Sud fordert die Schweiz auf, klar festzuhalten, dass regulatorische Massnahmen zum Schutz von Gesundheit, Bildung usw. keine indirekte Enteignung bedeuten.

3. NOVEMBER

LANDESVERSORGUNG: NICHT AUF DEM RÜCKEN DER ÄRMSTEN

me. Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats ist auf die Totalrevision des Gesetzes über die Landesversorgung eingetreten. Dieses stellt ein Geflecht aus Inkohärenzen der Landwirtschafts-, Handels- und Entwicklungspolitik dar. Ein diesbezüglich zentraler Punkt ist die Finanzierung von Nahrungsmittelpflichtlagern. Diese Reserven werden zurzeit durch eine an der Grenze erhobene Abgabe («Garantiefondsbeiträge») finanziert. Davon betroffen sind namentlich Einfuhren aus Entwicklungsländern, darunter auch solche, die zu den Ärmsten (LDC) gehören.

Eine solche Abgabe widerspricht internationalen Verpflichtungen der Schweiz (zoll- und kontingentsfreier Marktzugang für LDC), aber auch ihrer wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit (Zollpräferenzen für die meisten Entwicklungsländer). Die neue Gesetzesvorlage des Bundesrats beseitigt diese Widersprüche leider nicht. Alliance Sud, die an der Vernehmlassung teilgenommen hatte, hat die Kommissionsmitglieder auf diese Problematik aufmerksam gemacht. Änderungsvorschläge einer Kommissionsminderheit zielten vor allem darauf, die Abgaben für Importe aus LDC abzuschaffen. Gemäss Alliance-Sud-Recherchen käme dies die Bundeskasse auf rund 3,6 Mio. CHF oder 44 Rappen pro EinwohnerIn zu stehen.

Am 18. März 2015 lehnte der Ständerat diesen Vorschlag mit 24 zu 18 Stimmen ab. Wirtschaftsminister Schneider-Ammann erklärte jedoch, er werde mit der Zollverwaltung eine Lösung suchen, um sämtliche Importe aus den ärmsten Ländern von diesen Abgaben zu befreien. Alliance Sud wird sich für die Umsetzung dieses Versprechens engagieren.

26. NOVEMBER

ZUGANG ZUR JUSTIZ: EIN BERICHT WIRD ERSTELLT

me. Nach einer intensiven Debatte stimmte der Ständerat einem Postulat seiner Aussenpolitischen Kommission zu, das auf die Petition «Recht ohne Grenzen» zurückging. Damit wurde der Bundesrat beauftragt aufzuzeigen, welche rechtlichen und nicht-rechtlichen Massnahmen in anderen Staaten gelten, um Opfern von Menschenrechtsverletzungen Zugang zu Wiedergutmachung in jenem Land zu ermöglichen, in dem die verantwortlichen Firmen ihren Sitz haben. Ausserdem soll der Bundesrat prüfen, welche Massnahmen sich für die Schweiz eignen würden.

Dieser Beschluss ist ein wichtiges Signal, denn für Opfer in fragilen Staaten ist es schwierig, häufig gar unmöglich, Wiedergutmachung von multinationalen Unternehmen zu erhalten. Gemäss den Uno-Leitprinzipien für Unternehmen und Menschenrechte tragen die Staaten, in denen die Unternehmen ihren Sitz haben, in diesen Fällen eine Verantwortung. In einer Rede vor der Unctad (Uno-Konferenz zu Handel und Entwicklung) im Juni unterstrich Bundesrätin Simonetta Sommaruga, man dürfe in rohstoffreichen Entwicklungsländern keine Verbesserung erwarten, «solange die Opfer von gravierenden Menschenrechtsverletzungen keinen Zugang zu den Gerichten in den Industrieländern hätten».

Der Bericht wird eine wichtige Lücke schliessen zur Bestandsaufnahme, welche der Bundesrat in Sachen Rohstoffe und Sorgfaltsprüfungspflicht (siehe 28. Mai) bereits gemacht hat. Er soll in den Nationalen Aktionsplan (NAP) integriert werden, der zeigen soll, wie die Schweiz die Uno-Leitprinzipien umzusetzen gedenkt. Die Erarbeitung des NAP geht auf das Postulat von Graffenried (Nationalrat Grüne) vom Dezember 2012 zurück. Die Publikation wurde von Ende 2014 auf Dezember 2015 verschoben.

4. DEZEMBER

GEGEN VERWÄSSERTE SOZIAL- UND UMWELTSTANDARDS BEI DER WELTBANK

mh. Die Weltbank will in Zukunft noch mehr als bisher in sozial und ökologisch riskante Infrastrukturprojekte und andere Grossprojekte in Entwicklungsländern investieren. Damit will sie sich gegen die zunehmende Konkurrenz durch Geberländer wie China wappnen. Gleichzeitig ist sie daran, die Umwelt- und Sozialstandards für solche Projekte (die sogenannten *safeguards*) zu überarbeiten. Statt die schwachen bisherigen Standards zu verbessern, strebt sie jedoch eine deutliche Verwässerung an. Ihr Erstentwurf für die revidierten Standards ist vollgespickt mit Ausnahmeklauseln und lässt in vielen wichtigen Bereichen zu grossen Interpretationsspielraum. Alliance Sud kämpft deshalb im Verbund mit Hunderten von Nichtregierungsorganisationen weltweit für eine deutlich verbesserte Neufassung des Revisionsvorhabens. Am 4. Dezember nahm sie in Bern an einer Konsultation der Weltbank teil, an der sie zusammen mit anderen Schweizer Entwicklungs- und Umweltorganisationen ihre Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge einbrachte.

Weitere und detaillierte Informationen zu den Aktivitäten von Alliance Sud finden Sie unter www.alliancesud.ch.

14. DEZEMBER

UNO-KLIMAKONFERENZ IN LIMA

js. In Lima wich verhaltener Optimismus, der sich nach dem Uno-Sondergipfel im September einstellte, der Ernüchterung. Zwar einigten sich die Vertragsparteien der internationalen Klimakonvention auf «mögliche Elemente» für ein neues Klimaschutzabkommen nach 2020. Griffige Grundbausteine für das Ende 2015 in Paris zu beschliessende Abkommen konnten aber keine festgelegt werden.

Insbesondere wurden die ärmsten Entwicklungsländer, welche bereits heute unter den Folgen des Klimawandels leiden, im Regen stehen gelassen. Gegenüber Forderungen nach einem verbindlichen Fahrplan für die versprochene Finanzierung von internationalen Klimaschutz- und Anpassungsmassnahmen (siehe 2. September) setzten sich Partikularinteressen durch: Zum Wohlgefallen der Lobby der fossilen Industrie sperren sich die wohlhabenden Industrieländer mit China und anderen «gleichgesinnten» Staaten gegen jegliche Verpflichtungen. Mangelndes Vertrauen zwischen den Parteien, kurzfristig-wirtschaftliche Interessen und bremsende Verhandlungstaktik stellen das rechtzeitige Zustandekommen eines Vertragsentwurfs zunehmend in Frage.

Aus der Sicht von Alliance Sud steht eine Einigung auf Rahmenbedingungen und gegenseitige Überprüfbarkeit von Reduktions- und Finanzierungsverpflichtungen im Zentrum. Aufgrund des Konsenscharakters der Klima-Diplomatie verfügt jedoch jedes Land über ein de-facto Vetorecht, was für die Pariser Konferenz auf einen «pragmatischen Minimalkonsens» hindeutet. Es sei denn, reiche Länder, darunter auch die Schweiz, übernehmen endlich Verantwortung. Der Bundesrat muss den Worten von Bundesrätin Leuthard an die versammelten 195 Staats- und Regierungsvertreter in Lima Taten folgen lassen. Zukünftigen Delegationen ist ein griffigeres Mandat mitzugeben, das ein globales Umlenken von Investitionen, den sofortigen Stopp von Subventionen für fossile Energieträger sowie eine globale Kohlenstoffsteuer beinhaltet.



Im August 2015 erscheint als Resultat der Strategiediskussion von Alliance Sud das Buch «Zur Unübersichtlichkeit der Welt – entwicklungspolitische Analysen und Aktionen». Es analysiert die Blockaden der internationalen Politik – von der Handels- und Finanzpolitik bis zum Klimawandel und neuen Tendenzen der westlichen Länder, ihre Entwicklungshilfe für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Und es skizziert die Politik, mit welcher sie überwunden werden könnten.

Die meisten dieser Probleme werden in der kommenden bundesrätlichen Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 vernebelt oder übergangen. In diesem Sinne ist dieses Buch auch als «Gegenbotschaft» zu demjenigen des Bundesrats zu verstehen.

Alliance Sud: Zur Unübersichtlichkeit der Welt – entwicklungspolitische Analysen und Aktionen. Hg. Alliance Sud, Editions d'en bas. Bern, Lausanne 2015. ISBN 978-2-8290-0525-1

DIE POLITISCHEN DOSSIERS VON ALLIANCE SUD

Entwicklungszusammenarbeit: Politik der staatlichen Entwicklungsagenturen Deza und Seco in und gegenüber den Entwicklungsländern sowie konzeptionelle, inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit.

Handelsbeziehungen: Politik der Schweiz in der Welthandelsorganisation WTO und der Europäischen Freihandelszone Efta sowie ihre bilateralen Handelsbeziehungen und Investitionsschutzabkommen.

Umwelt und Klima: nationale und internationale Umwelt- und Klimapolitik der Schweiz.

Internationale Finanzen: Politik der Schweiz in der Weltbank, den regionalen Entwicklungsbanken, dem Internationalen Währungsfonds sowie weiteren internationalen Gremien zur Regulierung der Finanzmärkte.

Finanzplatz Schweiz: Geldwäscherei, Potentaten- und Fluchtgelder sowie internationale Steuerpolitik der Schweiz.

Multinationale Konzerne: Bemühungen der Schweiz, Konzerne auf Menschenrechte und Umweltstandards zu verpflichten.

Ein neuer Name für neue Räume

pf. Die Dokumentationszentren von Alliance Sud in Bern und Lausanne stellen der interessierten Öffentlichkeit ausgewählte Informationen über alle Länder des Südens und die hauptsächlich globalen Herausforderungen zur Verfügung. Dieses Angebot ist vor Ort und online greifbar. Darüber hinaus stehen die DokumentalistInnen den NutzerInnen beratend zur Seite und erledigen Recherche-Aufträge auf Bestellung.

BÄUERLICHE FAMILIENBETRIEBE | ONLINE-QUELLEN | BACHELOR-ARBEIT

Zum Auftakt des Jahres 2014 wurde ein Dossier zum Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe erstellt. Wie *SOS Faim Belgique* schreibt, «stammen 70 % der weltweit konsumierten Nahrungsmittel aus familiären Kleinbetrieben und 40 % der Haushalte bestreiten damit ihren Lebensunterhalt. Die bäuerlichen Familienbetriebe sind jedoch zunehmend bedroht durch den global agierenden agro-industriellen Komplex».

In Hinblick auf die anstehende Generalüberholung der Alliance-Sud-Website haben die Dokumentationszentren die Zugänge zu ihren Angeboten vereinheitlicht und die unterschiedlich verwendeten Plattformen für die NutzerInnen einfacher gestaltet. Ziel bleibt der «elektronische Schalter», wo verschiedenste Produkte von InfoDoc bestellt und abgeholt werden können.

Auf Anregung von InfoDoc hat ein Student der Informations- und Dokumentationswissenschaften der *Haute Ecole de gestion de Genève* eine Studie erstellt, um verschiedene Software-Angebote zu vergleichen, die bei der Umsetzung der neuen Website von Alliance Sud in Frage kommen könnten.

Ende März haben die Dokumentationszentren unter Einbezug eines Experten einen zweitägigen Marketing-Workshop organisiert. Dabei wurden Möglichkeiten ausgelotet, wie das InfoDoc-Angebot Publikum näher gebracht werden kann.

NAMENSWECHSEL | WELTBEVÖLKERUNG | FUSSBALL-WM | LEBENDIGE GESCHICHTE

Um ihre Wahrnehmung und Sichtbarkeit zu verbessern, wurde die Identität der Dokumentationszentren mit dem neuen Namen *Alliance Sud InfoDoc* geschärft. Parallel dazu wurde der grafische Auftritt überarbeitet.

Im Hinblick auf die Abstimmung über die Eco-pop-Initiative vom 30. November wurde ein E-Dossier zur Entwicklung der Weltbevölkerung realisiert.

Die Fussball-WM in Brasilien gab InfoDoc Gelegenheit, ein weiteres E-Dossier unter dem Titel

«Hinter den WM-Kulissen» online zu schalten. Die soziale, wirtschaftliche und politische Situation in Brasilien wurden ebenso thematisiert wie verschiedene Projekte von Träger- und Partnerorganisationen in teilnehmenden Ländern.

Im Mai produzierte InfoDoc Lausanne pädagogisches Begleitmaterial zum Film von Daniel Wyss «*La barque n'est pas pleine*», der die Erinnerungen von Chile-Flüchtlingen nach dem Pinochet-Putsch von 1973 zum Thema hat. Der Bundesrat weigerte sich damals, mehr als 300 Flüchtlinge aufzunehmen, was in der Bevölkerung massiven Widerstand provozierte. SRF übersetzte die *fiche pédagogique* anlässlich der Ausstrahlung des Films in der Deutschschweiz.

NEUE RÄUME

In Bern wie in Lausanne stand der Sommer im Zeichen von Umbauarbeiten für die neuen Räumlichkeiten der Alliance Sud InfoDoc. Die Umzüge fanden im Lauf des Septembers statt. Die bessere Sichtbarkeit der Dokumentationszentren stellt das Verhältnis von InfoDoc zu ihrem Publikum auf eine ganz neue Grundlage.

NEUER FLYER | E-DOSSIERS | WEBDOKUMENTATIONEN

Nach dem Namenswechsel fand die neue Identität auch in der Produktion eines neuen Flyers als Werbemittel ihren Niederschlag.

Mehrere E-Dossiers gingen online: Landwirtschaftliche Rohstoffe, Ebola-Virus, Klimakonferenz COP-20 in Lima.

Im Multimedia-Portal wurde eine neue Kategorie, die Webdokumentation, eingeführt, ein Hybrid aus Video, Text und Bild.

Zum Jahresschluss nahm InfoDoc an einem Netzwerk-Treffen ausserschulischer Fachleute von *éducation21* in Zürich bzw. Lausanne teil. Bei dieser Gelegenheit wurden allen Teilnehmenden die Dienstleistungen von InfoDoc vorgestellt.

Publikationen



GLOBAL+: Mit der Zeitschrift GLOBAL+ informiert Alliance Sud viermal jährlich über ihre Aktivitäten, kommentiert und analysiert die schweizerische Entwicklungspolitik und behandelt generell Fragen der Globalisierung und Nord/Süd-Politik. Im Jahr 2014 wurden folgende Schwerpunkte behandelt: Global Partnership for Effective Development Cooperation, Unternehmen und Menschenrechte, Steuerabkommen mit Entwicklungsländern, Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank, ökologische Landwirtschaft und Klimawandel, Welthandelsorganisation WTO nach der Ministerkonferenz in Bali (Frühling); Freihandelsabkommen mit Malaysia, Unternehmen und Menschenrechte, Klimafinanzierung, EZA-Berechnungsmethoden, Dienstleistungsabkommen TISA (Sommer); Unternehmenssteuerreform III, Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), Uno-Resolution zur Einhaltung von Menschenrechten durch multinationale Unternehmen, Ecopop-Initiative, neue Megadeals im Weltmarkt, Klimakonferenz in Paris (Herbst); Argumente gegen die so genannte Entwicklungshilfeinitiative,

Finanzflüsse und Entwicklungsfinanzierung, Investitionsschutzabkommen, Schweizer Notvorräte auf Kosten der Ärmsten (Winter). GLOBAL+ erscheint in Deutsch und Französisch (englische Ausgabe: Alliance Sud News) und ist im Abonnement (Fr. 30.–) sowie als Download und App verfügbar. In Italienisch sind die Texte auf der Website von Alliance Sud zu finden.

NAHRUNGSMITTELSPEKULATION – (K)EIN PROBLEM?

Im Auftrag von Alliance Sud verfasste der Wirtschaftspublizist Markus Mugglin eine Studie über die Problematik der Nahrungsmittelspekulation und deren Auswirkungen auf Entwicklungsländer. Die im März erschienene Studie wurde als 32-seitige Broschüre publiziert und steht sowohl online (pdf) als auch in Papierform zur Verfügung.

POSITIONSPAPIER ZUR KLIMAFINANZIERUNG

Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel verlangen enorme Investitionen. Worum geht es materiell wie finanziell? Und was ist zu tun? Alliance Sud hat dazu im September 2014 ein umfassendes Positionspapier veröffentlicht. «Angemessene Klimafinanzierung statt kreative Buchführung: Grundbaustein eines neuen internationalen Klimavertrags 2015» steht sowohl online (pdf) als auch in Papierform zur Verfügung.

Bestellungen: mail@alliancesud.ch oder www.alliancesud.ch/publikationen

ZAHLEN UND FAKTEN ZUR DOKUMENTATION 2014

- Die InfoDoc-Dienstleistungen wurden 587 Personen präsentiert.
- 500 Personen haben die beiden Dokumentationszentren besucht.
- 41 «Herausgepickt» (Lesetipps) bzw. 12 «Zoom» wurden publiziert.
- 2014 stieg die Zahl der BesucherInnen der Website (Alliance Sud insgesamt) um mehr als 13 % (82 657 gegenüber 73 048 im Jahr 2013).
- Mehr als die Hälfte (56,12 %) der BesucherInnen fanden Alliance Sud via eine Suchmaschine. Die häufigsten Suchbegriffe waren: Alliance Sud, Ecopop, Themen für Vorträge, Kinderarbeit, Multis, Land Grabbing, usw. Ein knappes Drittel (29,15 %) hat die Seite direkt aufgerufen.

Alliance Sud 2014 in Zahlen

BILANZ PER 31.12.2014

	1.1.– 31.12.2014		Vorjahr		Abweichung
	CHF	%	CHF	%	CHF
Aktiven					
Flüssige Mittel und Wertschriften	1	1 356 269.85	1 272 450.22		83 819.63
Forderungen		169 211.22	136 406.56		32 804.66
Aktive Rechnungsabgrenzung		65 685.61	64 667.27		1 018.34
Umlaufvermögen		1 591 166.68	1 473 524.05	91,19	117 642.63
Sachanlagen		153 702.74	10 253.79		143 448.95
Finanzanlagen		–	–		–
Anlagevermögen		153 702.74	10 253.79	0,63	143 448.95
Zweckgebundene Finanzanlagen	2	132 841.90	132 181.00		660.90
Zweckgebundenes Anlagevermögen		132 841.90	132 181.00	8,18	660.90
Total Aktiven		1 877 711.32	1 615 958.84	100,0	261 752.48
Passiven					
Sonstige Verbindlichkeiten		89 458.90	76 346.66		13 112.24
Passive Rechnungsabgrenzung		153 329.60	48 031.90		105 297.70
Kurzfristiges Fremdkapital		242 788.50	124 378.56	7,70	118 409.94
Rückstellungen	3	145 421.20	212 295.03		–66 873.83
Langfristiges Fremdkapital		145 421.20	212 295.03	13,14	–66 873.83
Fonds mit eingeschränkter Zweckbindung	4	121 630.35	31 361.06		90 269.29
Fondskapital		121 630.35	31 361.06	1,94	90 269.29
Neubewertungsreserven		51 404.48	51 404.48		–
Erarbeitetes freies Kapital	5	1 136 880.35	1 025 558.29		111 328.06
Erarbeitetes gebundenes Kapital	6	179 580.44	170 961.42		8 619.02
Organisationskapital		1 367 871.27	1 247 924.19	77,22	119 947.08
Total Passiven		1 877 711.32	1 615 958.84	100,00	261 752.48

Kommentar zur Jahresrechnung 2014

Die Rechnungslegung von Alliance Sud erfolgt in Übereinstimmung mit den Fachempfehlungen zur Rechnungslegung für gemeinnützige Organisationen (Swiss GAAP FER 21). Wir weisen darauf hin, dass die hier abgedruckte Jahresrechnung 2014 eine Zusammenfassung der weit ausführlicheren Gesamtrechnung ist. Diese wurde vom Vorstand von Alliance Sud am 31.3.2015 genehmigt und ist bei der Geschäftsstelle von Alliance Sud erhältlich.

Die Rechnung 2014 schliesst mit einem operativen Gewinn von 210 216 Franken vor Fonds- und Kapitalzuweisungen/-entnahmen ab. Den Fonds werden netto rund 107 177 Franken zugewiesen, wobei für die Beurteilung der finanziellen Lage von Alliance Sud nur der Fonds zur Erneuerung von Kommunikationstechnik relevant ist. Er wächst um netto 16 900 auf 195 374 Franken. Die anderen Zuweisungen gehen an die fremdfinanzierten Fonds von

«Recht ohne Grenzen» und der Klimakampagne, deren Überschüsse auf die neue Rechnung 2015 übertragen werden.

Die Zuweisung an das freie Organisationskapital beträgt 111 328 Franken. Das erarbeitete freie Organisationskapital steigt per 31.12.2014 auf 1,137 Millionen Franken. Das erarbeitete gebundene Organisationskapital ist am 31.12.14 mit rund 180 000 Franken wieder etwas grösser als Ende 2013. Zusammen mit den Neubewertungsreserven ergibt dies ein Organisationskapital von 1,368 Millionen Franken gegenüber 1,248 Millionen Ende 2013. Der Zuwachs des Organisationskapitals 2014 beträgt also 120 000 Franken.

Anmerkungen zur Jahresrechnung 2014

- Die flüssigen Mittel bestehen aus Kassenbeständen, Post- und Bankguthaben sowie Wertschriften, die jederzeit verfügbar sind.
- Das zweckgebundene Anlagevermögen besteht aus Arbeitgeber-Beitragsreserven bei der Pensionskassenversicherung Stiftung Abendrot.
- Die Rückstellungen entsprechen den Ferienguthaben des Personals aus früheren Jahren. Sie wurden 2014 um 66 874 Franken abgebaut.
- Beim Fonds mit eingeschränkter Zweckbindung handelt es sich um den Saldo aus der bei Alliance Sud angesiedelten Kampagne «Recht ohne Grenzen» sowie der Kampagne der Klima-Allianz.
- Das erarbeitete freie Kapital entspricht den Betriebsüberschüssen von Alliance Sud.
- Das erarbeitete gebundene Kapital enthält den Fonds für Investitionen in die Kommuni-

BETRIEBSRECHNUNG 2014

	1.1.– 31.12.2014		Vorjahr		Abweichung
	CHF	%	CHF	%	CHF
Jahresbeiträge, Spenden	-13 550.00	0,43	-15 273.83	0,84	-1 723.83
Zweckgebundene Beiträge	7 -3 003 450.00	95,67	-3 014 550.00	94,27	-11 100.00
Sonderaktionen	-5 000.00	0,16	-5 000.00	0,16	-
Aktivitäten und Verkauf	-61 689.47	1,96	-64 589.45	2,02	-2 899.98
Übriger Ertrag	-55 731.88	1,78	-98 533.77	3,08	-42 801.89
Betriebsertrag	-3 139 421.35	100,00	-3 197 947.05	100,00	-58 525.70
Beiträge an Drittorganisationen	8 133 743.94		296 202.25		-162 458.31
Einkauf für Aktivitäten und Verkauf	554.50		481.60		72.90
Personalaufwand	1 955 767.38		1 892 637.14		63 130.24
Fremdleistungen	160 290.75		105 379.60		54 911.15
Raumaufwand, Energie, Entsorgung	209 656.73		211 423.44		-1 766.71
Unterhalt Maschinen, Mobilien, Einrichtungen	4 098.73		10 458.10		-6 359.37
Sachversicherungen, Abgaben, Gebühren	3 981.10		3 633.80		347.30
Verwaltungs- und Informatikaufwand	109 277.12		169 887.48		-60 610.36
Marketing, Sonderaktionen, Öffentlichkeitsarbeit	303 210.47		248 779.44		54 431.03
Spesen, Übriger Betriebsaufwand	35 199.81		80 435.36		-45 235.55
Abschreibungen auf Anlagevermögen	19 784.30		6 442.42		13 341.88
Betriebsaufwand	2 935 564.83	-93,51	3 025 760.63	-95,34	-90 195.80
Betriebsergebnis	-203 856.52	6,49	-172 186.42	4,66	31 670.10
Finanzergebnis	-9 870.48		-7 066.90		-2 803.58
Untermietergebnis	3 510.63		1 180.70		2 329.93
Internes Ergebnis	-		-7 258.75		7 258.75
Betriebsergebnis ohne Fondsergebnis	-210 216.37	6,70	-185 331.37	5,80	-24 885.00
Fondsrechnung					
Fondszuweisung	-90 269.29		-20 957.84		-69 311.45
Fondsergebnis	-90 269.29	2,88	-20 957.84	0,66	-69 311.45
Ergebnis vor Zuweisungen	-119 947.08	3,82	-164 373.53	5,14	44 426.45
Zuweisungen an Organisationskapital	151 328.06		254 298.58		-102 970.52
Zuweisung an freies Organisationskapital	111 328.06		214 298.58		-102 970.52
Zuweisung an Fonds Ern. Komm.technik	40 000.00		40 000.00		-
Zuweisung an gebundenes Organisationskapital	-		-		-
Entnahmen aus Organisationskapital	-31 380.98		-89 925.05		-58 544.07
Entnahme aus freiem Organisationskapital	-		-		-
Entnahme aus Fonds Ern. Komm.technik	-23 092.35		-87 464.35		64 372.00
Entnahme aus gebundenem Organisationskapital	-8 288.63		-2 460.70		-5 827.93
Ergebnis nach Zuweisungen	-0.00		-0.00		-0.00

kationstechnik sowie die Untermiete-Abrechnung.
 7 Die zweckgebundenen Beiträge stammen u. a. von:
 – den Trägerorganisationen Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas Swiss Intercooperation, Caritas und Heks (2181600).

– den Partnerorganisationen Solidar Suisse, Terre des Hommes Schweiz/Suisse und Schweizerisches Rotes Kreuz (je 50 000).
 – der Stiftung Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (10 000).
 – den Mitgliedern der NGO-Plattform der Schweizer Entwicklungsorganisationen (82 000).

– den Bündnispartnern von «Recht ohne Grenzen» (206300).
 – den Organisationen der Klima-Kampagne (127550).
 – der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) an die Dokumentationszentren (250 000).
 – der Stadt Lugano an das Regionalbüro Lugano von Alliance Sud (6000).

GELDFLUSSRECHNUNG 2014

	2014	Vorjahr
	CHF	CHF
Umsatzbereich		
Ergebnis vor Zuweisungen (Fondsveränderung)	210 216.37	185 331.37
Veränderungen Rückstellungen	-66 873.83	-13 189.27
Abschreibungen	19 784.30	6 442.42
Cashflow	163 126.84	178 584.52
- Zunahme / + Abnahme Forderungen	-32 804.66	11 432.55
- Zunahme / + Abnahme aktive Rechnungsabgrenzung	-1 018.34	5 639.48
+ Zunahme / - Abnahme kurzfristige sonstige Verbindlichkeiten	13 112.24	38 378.65
+ Zunahme / - Abnahme passive Rechnungsabgrenzung	105 297.70	-62 817.25
Veränderung des Nettoumlaufvermögens	84 586.94	-7 366.57
Geldfluss aus Betriebstätigkeit	247 713.78	171 217.95
Investitionsbereich		
+ Verkauf / - Erwerb von Sachanlagen	-163 233.25	-2 077.90
- Zunahme / + Abnahme zweckgebundene Wertschriftenanlage	-660.90	-657.60
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-163 894.15	-2 735.50
Kapitalüberschuss / -bedarf	83 819.63	168 482.45
Finanzierungsbereich		
+ Zunahme / - Abnahme langfristiges Fremdkapital	-	-
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	-	-
+ Zunahme / - Abnahme netto - Flüssige Mittel	83 819.63	168 482.45
Netto - Flüssige Mittel am 1.1.	1 272 450.22	1 103 967.77
Geldfluss aus Betriebstätigkeit	247 713.78	171 217.95
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-163 894.15	-2 735.50
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	-	-
Netto - Flüssige Mittel am 31.12.	1 356 269.85	1 272 450.22

8 Mitglieder- oder Projektbeiträge flossen 2014 an folgende Organisationen und Netzwerke: Bildungscoalition NGO (4000), Eurodad (6191), éducation21 (120 000), Transparency International Schweiz (500), KOFF (500), MultiWatch (500), WIDE Switzerland (1000), OECD-Watch (306), Swiss Water Partnership (500) und Climate Action Network (247).

Weitere Angaben

- Entschädigung an leitende Organe: Mitglieder des Vorstands erhalten keine Entschädigung. Das Salär der Geschäftsleitungsmitglieder richtet sich nach dem Lohnreglement von Alliance Sud.
- Stellenetat: Alliance Sud hatte im Jahr 2014 19 fest angestellte MitarbeiterInnen. Der Etat betrug insgesamt 13,4 Stelleneinheiten. Darin eingerechnet ist eine befristete 60-%-Anstellung für die Dauer der Kampagne «Recht ohne Grenzen».
- Leistungsbericht: Der vorliegende Jahresbericht gilt als Leistungsbericht.

Wir danken

- den Trägerorganisationen Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas Swiss Intercooperation, Caritas und Heks für ihre Mitgliederbeiträge;
- Solidar Suisse und Terre des Hommes Schweiz/Suisse sowie dem Schweizerischen Roten Kreuz (SRK) für ihre Partnerschaftsbeiträge;
- der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza), dem Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) und der Stadt Lugano für ihre Beiträge an die Aktivitäten von Alliance Sud.

Die Jahresrechnung 2014 wurde von der Revisionsfirma Lehmann AG, Bern, geprüft und als in Ordnung befunden.

Wer Alliance Sud wo vertritt

STAND 1.1.2015

Beratende Kommission für internationale Zusammenarbeit	Mark Herkenrath
Kommission für Wirtschaftspolitik	Peter Niggli
Zollexpertenkommission	Isolda Agazzi
Schweizerisches Nationales FAO-Komitee	Tina Goethe
Eurodad/Europäisches Netzwerk zu Verschuldung und Entwicklung (Board)	Mark Herkenrath
Global Alliance for Tax Justice	Mark Herkenrath
Our World Is Not For Sale (OWINFS)/ Internationales Netzwerk zu Handelspolitik	Isolda Agazzi
Verbindungsgruppe WTO des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco)	Peter Niggli Michel Egger Isolda Agazzi
Nationaler Kontaktpunkt der OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen (Beirat)	Michel Egger
Internationales Netzwerk OECD Watch	Michel Egger
Verein Konzernverantwortungsinitiative (Vorstand)	Michel Egger
Klima-Allianz Schweiz	Jürg Staudenmann
Climate Action Network	Jürg Staudenmann
Swiss Water Partnership	Jürg Staudenmann
Bildungscoalition NGO	Kathrin Spichiger
Stiftungsratsausschuss ZEWO (Schweizerische Zertifizierungsstelle für gemeinnützige, Spenden sammelnde Organisationen)	Peter Niggli
Gesellschaft Schweiz – UNO (GSUN)	Peter Niggli
NGO-Plattform Menschenrechte	Eva Schmassmann
NGO-Plattform der Schweizer Entwicklungsorganisationen (Sekretariat)	Peter Niggli, Eva Schmassmann
Parlamentarische Gruppe Suisse – Solidarité internationale (Sekretariat)	Peter Niggli, Eva Schmassmann
«Freedom of Access to Information and Freedom of Expression» Committee of the International Federation of Libraries Associations (FAIFE/IFLA)	Amélie Vallotton Preisig
Netzwerk der entwicklungsbezogenen Dokumentationsstellen der Schweiz (NEDS)	Jris Bertschi, Nicolas Bugnon
Informationsverbund Entwicklungspolitik (IVEP)	Emanuela Tognola

Adressen

Alliance Sud

Postfach 6735, 3001 Bern
mail@alliancesud.ch
www.alliancesud.ch

Geschäftsstelle, Advocacy und Lobbying

Telefon 031 390 93 30
Fax 031 390 93 31

InfoDoc

dokumentation@alliancesud.ch
Telefon 031 390 93 37
Fax 031 390 93 38

Alliance Sud

1, avenue de Cour, 1007 Lausanne
www.alliancesud.ch/politique

Advocacy et Lobbying

lausanne@alliancesud.ch
Téléphone 021 612 00 95
Fax 021 612 00 99

InfoDoc

doc@alliancesud.ch
Téléphone 021 612 00 86
Fax 021 612 00 99

Alliance Sud

Via Moncucco 1, C.P. 516
6903 Lugano
Telefono 091 967 38 40
Fax 091 966 02 46

lugano@alliancesud.ch

www.alliancesud.ch/politica

Postkonto Alliance Sud

30-36070-0

Impressum

Redaktion: Daniel Hitzig,
Kathrin Spichiger
Übersetzung ins Französische:
Michel Egger
Layout: Clerici Partner, Zürich
Druck: S+Z Print, Brig
Foto Titelseite:
Kinderarbeit in einer Reis-
trocknungsfabrik in Bramanbaria,
Bangladesh.
© G.M.B. Akash/PANOS